

Gebremster Tornado

Keines der 417 bisher für die Tornados der Bundesluftwaffe und der britischen Royal Air Force gelieferten RB-199-Triebwerke hat, wie das amerikanische Fachblatt „Aviation Week“ in seiner letzten Ausgabe berichtet, die von den Auftraggebern „geforderten Leistungen voll erbringen können“. Die Nato-Behörden hatten die Triebwerke (Hersteller: Turbo-Union) dennoch akzeptiert, „um Störungen im Produktionsprogramm zu vermeiden“. Obwohl auf die Triebwerke Rabatte gewährt wurden, hat der Tornado-Preis neue Rekordhöhen erreicht. Nach dem Jahresbericht des britischen Rechnungshofes wird der Panavia-Tornado in der Bundeswehr-Ausführung – als Kampfflugzeug – mehr als 55 Millionen Mark pro Stück kosten, Forschungs- und Entwicklungsaufwand nicht gerechnet. Die Preissteigerungsrate für das Gesamtprogramm seit 1976 gibt der britische Rechnungshof mit 476 Prozent an.

DDR: Zu viele Verweigerer

Viele junge DDR-Bürger, die den Dienst an der Waffe verweigern wollen, müssen demnächst zur normalen Truppe einrücken. Bisher konnten die Verwei-

gerer in den waffenlosen Bau-Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) dienen. Ablehnungsgrund der Musterungsbehörden: Die Zahl der Bau-Soldaten habe sich 1982 auf 1300 Mann verdoppelt, der Plan sei damit erfüllt. Keine Möglichkeit, sich dem Waffendienst zu entziehen, haben NVA-Reservisten. Wer dennoch verweigert, muß mit Gerichtsverfahren und einer Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren rechnen. Dennoch stehen bei DDR-Militärgerichten derzeit rund 70 solcher Prozesse an.

Sendeverbot vom Chef

Per Dienstanweisung erzieht der Nachrichtenchef des Kölner Deutschlandfunks (DLF), Hanns Gorschenek, seine Mitarbeiter zu regierungsfreundlicher Berichterstattung. Der als unionsnah geltende Abteilungsleiter verfügte am 10. Dezember, die von mehreren Nachrichtenagenturen verbreitete Meldung über eine Verlegung des US-Hauptquartiers von Stuttgart nach London solle den DLF-Hörern vorenthalten werden. Gorschenek: „Wir haben diese später dementierten Berichte in unseren Nachrichtensendungen nicht gebracht. Ich bitte Sie, dies auch in der Frühschicht durchzuhalten und vor allen Dingen in der Presseschau darauf nicht einzuge-

hen.“ Damals hatte Verteidigungsminister Manfred Wörner die Berichte dementiert. Später stellte sich heraus, daß Washington einen wichtigen Teil seines Hauptquartiers auf die Insel verlegt. Der Westdeutsche Rundfunk, Nachbarsender des DLF, brachte die Meldung am 10. und 11. Dezember stündlich.

Moskau läßt Japaner frei

Japan und die Sowjet-Union wollen ihre seit Jahren frostigen Beziehungen verbessern. Erstmals seit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan vor drei Jahren hat die japanische Regierung nun dem Besuch eines Moskauer Ministers in Tokio zugestimmt: Fischereiminister Wladimir Kamentzew soll im Februar mit seinem japanischen Amtskollegen Iwazo Kaneko ein langfristiges Fischereiabkommen aushandeln. Bisher haben Tokio und Moskau die Fangquoten für japanische Trawler im sowjetischen Nordpazifik jedes Jahr in zähen und gereizten Gesprächen neu ausgehandelt. Als „gutes Zeichen“ für die bevorstehenden Verhandlungen bezeichnet das Tokioter Außenministerium die Ankündigung der UdSSR, 29 japanische Fischer freizulassen, die wegen Verletzung der Hoheitsgewässer in sowjetischen Gewässern saßen.

„Das Risiko wird größer“

Im Kanzleramt wird eine Studie des Münchner Sinus-Instituts unter Verschluß gehalten, die der Regierung Schwierigkeiten mit ihrem pro-amerikanischen Kurs voraussagt.

Entgegen allem amtlich verbreiteten Optimismus glaubt gut die Hälfte der repräsentativ befragten 1600 Wahlberechtigten (56 Prozent), daß es bei den Genfer Raketenverhandlungen zu keiner Einigung kommen wird. Und 55 Prozent bezweifeln, daß USA und UdSSR überhaupt ernsthaft verhandeln. Während die Bundesregierung bisher unbeirrt am Nato-Doppelbeschluß festhält, sprechen sich 61 Prozent der unmittelbar vor und unmittelbar nach dem Bruch der sozial-liberalen Koalition am 17. September Befragten dafür aus, die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik zu verschieben, wenn bis Herbst 1983 noch keine Einigung erzielt ist.

Washington wird von 58 Prozent der Bundesbürger nicht geschont: Bonn solle das Aufstellen von „Pershing 2“

und Marschflugkörpern ablehnen, so ihre Ansicht, falls die Amerikaner die Verhandlungen nicht ernsthaft führen und auf diese Weise die Stationierung der neuen Waffen durchsetzen wollen.

Was Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher besonders zu denken geben



Nachrüstungsgegner in Stuttgart*

dürfte: 54 Prozent der Unions- und 70 Prozent der FDP-Anhänger empfehlen eine Verschiebung der Stationierung, falls sich die Großmächte bis zum Herbst 83 nicht geeinigt haben. Bei den SPD-Sympathisanten sind 65 Prozent dieser Meinung. 50 Prozent der Unions- und 65 Prozent der FDP-Klientel lehnen eine Stationierung ganz ab, falls sich herausstellen sollte, daß die Washingtoner Unterhändler in Genf nicht ernsthaft verhandeln wollen (siehe Seite 30).

Mehr Wähler als im Vorjahr – 49 Prozent gegenüber 45 Prozent – haben Angst vor den US-Raketen, „weil damit das Risiko eines Atomkriegs auf deutschem Boden größer wird“. Nur noch 24 Prozent (1981: 30 Prozent) glauben, „daß durch die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen in Europa der Frieden sicherer werden wird, weil damit die Sowjet-Union wirksamer von einem Angriff abgeschreckt wird“.

* Im Dezember 1982 vor dem US-Hauptquartier Europa.